

ATOMAUSSTIEG

## Die Stadt, das Kernkraftwerk und der Müll

Seit Jahren wird das Kernkraftwerk Obrigheim abgebaut. Ein kleiner Teil des Schutts soll auf eine nahe gelegene Deponie. Doch die Nachbarn trauen dem Abfall nicht.

VON Alexandra Endres | 14. April 2014 - 11:34 Uhr

© dpa



Das AKW Obrigheim

Der Schornstein ist von Arno Scheuermanns Hof aus gut zu sehen. Schlank und blaugrau steht er auf einem Hügel, nur ein paar Hundert Meter entfernt. Scheuermanns Hof liegt unten im Tal. Es ist ein idyllisches Fleckchen Erde hier in Buchen im Odenwald: Jetzt im Frühjahr werden die Felder langsam grün, die Bäume schlagen aus, auf der Weide finden Scheuermanns Tiere wieder leichter Futter. Die nächste Großstadt ist weit entfernt. Nach Heidelberg oder Würzburg sind es rund 70 Kilometer.

Scheuermann züchtet zusammen mit seiner Frau Ulla Schmidt-Köcher Westerntiere für Sportreiter, außerdem Rinder, Schweine und Schafe für Liebhaber besonderen Fleisches. 80 Tiere sind es insgesamt, "mit Familienanschluss", sagt der Bauer. Er und seine Frau wollen die Tiere "liebvoll und fair" behandeln. Der Hof ist für die beiden so etwas wie ihr Lebensraum. Wäre da nicht der Schornstein, der in der Nachbarschaft thront. Er gehört zu einem Biomassekraftwerk, das Holzabfälle verbrennt, um Strom und Wärme zu erzeugen.

Aber das ist nicht das eigentliche Problem. Das Problem, sagt Scheuermann, ist die Mülldeponie, auf deren Gelände der Biomassemeiler steht. Auf ihr soll bald Bauschutt aus dem stillgelegten Kernkraftwerk im gut 30 Kilometer entfernten Obrigheim abgeladen werden. Der Schornstein, den er und Ulla Schmidt-Köcher von ihrem Hof aus sehen, erinnert sie täglich daran. Er ist das Symbol einer Nachbarschaft, die kaum gut gehen kann:

Hier die Idee von naturnaher, tiergerechter Landwirtschaft – direkt daneben vermutlich bald Schutt vom Kernkraftwerk und damit Überreste einer Technologie, die in Deutschland Ängste weckt wie keine zweite.



Arno Scheuermann und Ulla Schmidt-Köcher mit ihrem Zuchthengst Snake

Scheuermann und Schmidt-Köcher haben alle Hebel in Bewegung gesetzt, damit der Bauschutt nicht in ihrer Nähe abgeladen wird. Sie sind die führenden Personen einer Bürgerinitiative, die dagegen kämpft. Rund 15, vielleicht 20 Mitstreiter hätten sie noch, sagen sie: manche Vollmitglieder, die meisten Helfer. Gemeinsam haben sie im 18.500-Einwohner-Städtchen Buchen mehr als 2.000 Unterschriften gegen den Schutt aus dem Kernkraftwerk gesammelt.

Obrigheim war das zweite Kernkraftwerk, das in Deutschland vom Netz ging: im Mai 2005 war das, wenige Monate bevor Gerhard Schröders rot-grüne Bundesregierung abgewählt wurde. Seitdem wird der Meiler zurückgebaut. 275.000 Tonnen Material werden dadurch frei. Es geht nicht nur um die Brennstäbe, sondern vor allem Bauschutt, Betonreste, Metall. Die große Frage, die sich in allen anderen Kraftwerken auch stellen wird: Wohin damit?

### **Das meiste wird recycelt**

Die deutschen Gesetze haben darauf eine eindeutige Antwort: Was nicht strahlt, muss recycelt werden, etwa im Straßenbau oder im Schrotthandel. Etwa 98 Prozent des Obrigheimer Kernkraftwerks könnten auf diese Art wiederverwertet werden, erklärt der Betreiber EnBW. Die radioaktiven Abfälle und die Brennstäbe müssen in ein Endlager.

Übrig bleibt rund ein Prozent: zwei- bis dreitausend Tonnen Bauschutt, dessen Strahlung so gering sein muss, dass die Strahlenschutzverordnung die Lagerung auf der Deponie erlaubt. Rein rechtlich ist die Sache klar. Der Müll, der nach Buchen soll, gilt im amtsdeutschen Jargon als "freigemessen"; das heißt, eine Prüfung hat ergeben, dass die Strahlung innerhalb der Grenzwerte liegt. Und weil der Meiler von Obrigheim sich im gleichen Landkreis befindet wie Buchen und die dortige Deponie die einzige im ganzen Kreis ist, die für solchen Bauschutt zugelassen ist, gibt es juristisch nur eine Möglichkeit: Der Schutt muss nach Buchen.

© Abfallwirtschaft im Neckar-Odenwald-Kreis (PR)



Blick auf die Deponie in Buchen mit der Stadt im Hintergrund - dazwischen, rechts hinter der Deponie, der Bauernhof von Arno Scheuermann

Nur will dort niemand den Müll haben. Nicht der Stadtrat, nicht Bürgermeister Roland Burger, und schon gar nicht der Betreiber der Deponie. Matthias Ginter ist ihr Geschäftsführer, genauer: der Geschäftsführer der Abfallwirtschaft im Neckar-Odenwald-Kreis (AWN). Ginters Büro befindet sich, von Arno Scheuermanns Hof aus gesehen, ziemlich genau auf der anderen Seite des Schornsteins. Dort steht das gläserne Verwaltungsgebäude der AWN.

Ginter empfängt in einem Konferenzraum im ersten Stock, direkt über dem Parkplatz am Haupteingang. Die Deponie ist von hier aus nicht zu sehen. Ein dicker Leitz-Ordner liegt vor dem Geschäftsführer, in ihm die jüngsten Dokumente des Buchener Streits: Presseberichte, Schaubilder mit technischen Details, kleine Anfragen an die baden-württembergische Landesregierung, der Schriftwechsel zwischen Landkreis und Umweltministerium. Ginter hat alles chronologisch sortiert.

© Alexandra Endres



AWN-Geschäftsführer Mathias Ginter

"Wir wollen das Zeug nicht", sagt der Geschäftsführer. Dabei hält er den Müll für unbedenklich. "Aber es geht hier nicht um die objektive Strahlenbelastung, sondern um Vertrauen und Ängste. Die Leute haben Angst, dass EnBW uns was unterschiebt." Ginter will trotzdem um das Vertrauen der Nachbarn werben. Die AWN hat Christian Küppers zu Hilfe geholt, einen Fachmann für Nuklearsicherheit des Darmstädter Öko-Instituts. "Wir sind hier ja keine Kernkraft-Experten", sagt Ginter. Dann erzählt er von einem Info-Abend mit Küppers. 80 Leute waren gekommen, es schien gut zu laufen. "Da stand jemand auf

und sagte, ich warne vor Expertenhörigkeit." Die Stimmung kippte. Für Ginter war der Abend verloren.

Mit technischen Daten und dem Verweis auf die Rechtslage ist dem Misstrauen schwer beizukommen. Denn die Skepsis hat eine lange Vorgeschichte. Vor einigen Jahren wollte EnBW in Buchen eine mechanisch-biologische Anlage zur Abfallbehandlung betreiben, doch die funktionierte nicht richtig – und sie verbreitete unangenehmen Gestank. Die Bürgerinitiative gründete sich wegen dieses Geruchs. Die Deponie und EnBW hätten seither "Akzeptanzprobleme", sagt Ginter. Die mechanisch-biologische Anlage wurde 2007 aufgegeben.

### **Der Minister verweist auf die Rechtslage**

Der Protest gegen den Obrigheimer Schutt aber findet in der großen Politik wenig Widerhall. Mit ihren 2.000 Unterschriften fuhr die Initiative Anfang des Jahres ins Stuttgarter Umweltministerium und kam hoffnungsvoll zurück: Im Gespräch mit den Beamten hätten sich Möglichkeiten aufgetan, den Schutt vielleicht doch noch anderswo zu lagern.

Kurz darauf stellte Umweltminister Franz Untersteller die Sache klar. Man nehme die Sorgen der Bürger ernst, schrieb der Minister in einem offenen Brief. Dann verwies er auf die geltenden Grenzwerte und auf die Rechtslage. Ihr zufolge sei der Landkreis "verpflichtet, die freigemessenen Abfälle ordnungsgemäß zu entsorgen", und die Deponie in Buchen erfülle alle Anforderungen.

Deren Geschäftsführer Ginter sagt dazu nur: "Es ist schon bemerkenswert, dass man es sich so einfach gemacht hat." Ginter hält den Rückbau der Kernkraftwerke – und damit die Entscheidung über ihre Rückstände – für eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. "Man kann das Thema nicht einfach einzelnen Deponien vor die Füße kippen." Ginter wünscht sich eine andere Lösung. Statt einfach festzulegen, dass der Müll aus Kernkraftwerken in dem Kreis deponiert werden muss, in dem sich das Kernkraftwerk befindet, und dann die resultierenden Konflikte zu ignorieren, müsse die Politik sich um eine standortunabhängige Entsorgung kümmern.

Der zuständige Landrat Achim Brötel arbeitet daran, eine solche standortunabhängige Lösung auf den Weg zu bringen. Erste Eckpunkte gebe es schon, sagt er. Aber sie mit Leben zu füllen, werde dauern. "Und das Land müsste den Prozess gerade gegenüber den Bürgern moderieren", sagt Brötel. Denn Obrigheim ist nicht das einzige Kernkraftwerk in Baden-Württemberg, das abgebaut werden muss. Die Kernkraftwerke Neckarwestheim und Philippsburg werden folgen – und die Landkreise, in denen sie liegen, hätten gar keine eigenen Deponien, sagt Brötel. "Spätestens, wenn Neckarwestheim und Philippsburg abgebaut werden, wird das Problem landesweit virulent", dann müsse die Landesregierung sich bewegen.

Im Moment aber ist eine große Lösung nicht in Sicht. Noch sei kein Bauschutt aus Obrigheim angeliefert worden, aber EnBW könne täglich einen Antrag stellen, sagt der Landrat.



**ALEXANDRA ENDRES**

Alexandra Endres ist Redakteurin im Ressort Wirtschaft bei ZEIT ONLINE. Ihre Profilseite finden Sie [hier](#).

© ZEIT ONLINE

Um die Nachbarn zu beruhigen, überlegen sie in Buchen jetzt, den Müll, der von der EnBW in einem von der Landesregierung kontrollierten Verfahren freigemessen wurde, ein weiteres Mal prüfen zu lassen. "Wir sprechen gerade mit der Bürgerinitiative über objektive Kontrollen durch Dritte, sowohl in Obrigheim wie eventuell auch als eigene Eingangskontrollen bei der AWN", sagt der Landrat.

Doch es könnte schwer werden, die Bürgerinitiative zu überzeugen. Denn sie erkennt Christian Küppers vom Öko-Institut nicht als unabhängigen Gutachter an. Die Stimme des Landrats klingt leicht verzweifelt: "Wenn selbst das Öko-Institut nicht akzeptiert wird, wen soll ich dann noch beauftragen?"

Arno Scheuermann will bei den kommenden Kommunalwahlen im Mai für ein Mandat als Stadtrat kandidieren. Sein Ziel ist, dem Protest gegen den Obrigheimer Müll noch mehr Gehör zu verschaffen.

**COPYRIGHT:** ZEIT ONLINE

**ADRESSE:** <http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-04/kernkraftwerk-obrigheim-bauschutt-streit>